

## **Bürger\_innenbeteiligung Grätzelsanierung**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie der NEOS – Das Neue Österreich stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß §24 GO BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, Hrn. Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, die Bürger\_innenbeteiligung zur Sanierung des Grätzels Otto-Bauer-Gasse/Loquaipplatz/Hugo-Wolf-Gasse/ Königseggasse weiterhin so umzusetzen, wie in den zuständigen Gremien des Bezirksparlaments Mariahilf beschlossen.

Dem Beschluss, eine transparente und differenzierte Analyse der Wünsche und Anregungen (nach betroffenen Anrainer\_innen und Gewerbetreibende sowie der Nutzer\_innen des öffentlichen Raums) als Grundlage zur Erstellung der Maßnahmen für die Gestaltung durchzuführen, ist unbeirrt Folge zu leisten.

### **Begründung**

Die Entscheidung, die Bevölkerung in die Grätzelsanierung rund um Otto-Bauer-Gasse und Loquaipplatz einzubinden, wurde transparent und demokratisch in den zuständigen politischen Gremien Mariahilfs getroffen: Von der beauftragten Agentur wurde allen im Bezirk tätigen Fraktionen das Bearbeitungsgebiet anhand eines Plans erläutert, zudem wurde den jeweils zuständigen Mandatar\_innen der Beteiligungsprozess erläutert.

Explizit wurde festgehalten, dass bis November 2017 die ersten Wünsche und Vorschläge der Anrainer\_innen, Geschäftstreibenden und Nutzer\_innen erhoben werden sollen, wobei eindeutig erklärt wurde, dass die Analyse der Erhebungen, differenziert nach den jeweils Befragten erfolgen soll. Zeitgleich wird das für die Beteiligung beschlossene Grätzelsanierungsprojekt von den Fachdienststellen der Stadt Wien aus städtebaulicher Sicht analysiert. In weiterer Folge werden „Grätzelsanierungskonferenzen“ sowie ein „offenes Büro“ angeboten, um weitere Meinungen, Wünsche, Anregungen zu sammeln und um Qualitätskriterien für die weiterführende Diskussion auszuarbeiten.

Nachdem schließlich neuerlich in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen ein Maßnahmenkatalog erstellt wurde, soll Anfang 2018 ein Schlussbericht präsentiert werden, wonach die konkrete Planung der zuständigen Stellen der Stadt Wien zur Umsetzung der Bürger\_innenbeteiligung beginnen kann.

Trotz transparenter Vorgehensweise, bereitwilliger Anfragebeantwortungen und Veröffentlichung dieser beschlossenen Vorgangsweise, bestehen offenbar noch immer Informationsmängel und Unklarheiten seitens einiger Mandatar\_innen der Bezirksvertretung Mariahilf, welche von diesen auch in der Öffentlichkeit kundgetan werden und somit für Unsicherheit in der Bevölkerung sorgen.

Der Bezirksvorsteher wird daher ersucht, alle Bedenken weiterhin auszuräumen und die Beschlüsse im Sinne der (direkten) Demokratie und der Mariahilfer Bevölkerung wie geplant umzusetzen.